

Tischvorlage DS 2018/172/2

Amt für Architektur und
Gebäudemanagement
Reinhard Rothenhäusler
(Stand: **20.06.2018**)

Mitwirkung:
Amt für Soziales und Familie
Bauordnungsamt
Ortsverwaltung Eschach
Ortsverwaltung Taldorf
Stadtkämmerei
Stadtplanungsamt

Aktenzeichen: 8811

Ortschaftsrat Eschach
öffentlich am 10.07.2018
Ortschaftsrat Eschach
nicht öffentlich am 10.07.2018
Ortschaftsrat Taldorf
öffentlich am 10.07.2018
Gemeinderat
öffentlich am 16.07.2018

Plätze für die Anschlussunterbringung

- Übernahme der Fertighäuser in der Florianstraße (Haus-Nr. 2, 2/1 und 2/2)
- Standorte für neue Wohnanlagen
- Übernahme von vom Landkreis aufgegebenen Wohnanlagen

Beschlussvorschlag:

1. Die drei Fertighäuser Florianstraße, Haus-Nr. 2, 2/1 und 2/2, sind zum frühest möglichen Zeitpunkt für die Anschlussunterbringung zu übernehmen.
2. Für die Anschlussunterbringung von geflüchteten Menschen sind, zusätzlich zum Standort Lachen 2, in 2018 und 2019 zeitlich befristete Wohnanlagen an folgenden Standorten zu bauen:
 - a) *Bavendorf / Kompetenzzentrum für Obstbau Bodensee* 16 Plätze (Anlage 1)
 - b) Weststadt Schmalegger Str. 69 (Standortübernahme vom Landkreis) 32 Plätze (Anlage 2)
 - c) Weststadt, Zufahrt zum Friedhof 48 Plätze (Anlage 3)
 - d) *Bavendorf / Bremhag in Ergänzung zu Standort a), soweit Standort a) entfällt* 32 Plätze (Anlage 4)
 - e) Östliche Vorstadt, Karlsbader Weg 16 bis 32 Plätze (Anlage 5), wenn Standort Wangener Straße 160 nicht umsetzbar,

f) *Östliche Vorstadt,
Wangener Str. 160 30 bis 60 Plätze (Anlage 6),
nach Wegfall des Standorts Wangener Straße 138.*

3. Die Verwaltung wird beauftragt
- a) für die in Ziffer 2 beschlossenen Standorte die Anträge auf Baugenehmigung nach § 31 BauGB bzw. § 246 BauGB einzureichen,
 - b) *vom Landkreis die in Bodnegg aufgegebene Wohnanlage zu übernehmen und an einem Standort aufzubauen, die eine längerfristige Nutzung zulässt,*
 - c) für den Aufbau von, in Ziffer 2 beschlossenen, Standorten - soweit möglich - weitere aufgegebene Wohnanlagen vom Landkreis zu übernehmen,
 - d) ergänzend zu 4 b) die Wohnanlagen grundsätzlich im Weg der Miete auszu-schreiben,
 - e) **weitere wirtschaftliche Wohnungen für die Anschlussunterbringung anzumieten. Sie kann dazu auch Mietvorauszahlungen in Form von Instandsetzungskosten leisten, die sie im Budget 1.4990 bzw. innerhalb der mit Ziffer 4 dieses Beschlusses bereitgestellten Mittel abdecken kann.**
4. Die Gesamtkosten für die Anschlussunterbringungen 2018 in Höhe von 2.060.000 € gehen zu Lasten der Fipos 2.4990.9320.000, VKZ 0050 (Erwerb von Grundstücken), 2.4990.9410.000, VKZ 0050 (Bau zusätzlicher Unterkünfte) und den Deckungskreis UA 2.4990 VKZ 0050 und den dafür dort bereitgestellten Mittel aus 2017 und 2018 in Höhe von rund 900.000 €.

Deckungsmittel für die, den Betrag von 900.000 € übersteigenden, außerplan-mäßigen Ausgaben werden bereitgestellt

durch Wenigerausgaben bei

| | |
|---|-----------|
| Fipo 2.2990.9410.000, VKZ 1050, Fachräume Welfengymnasium | 150.000 € |
| Fipo 2.8830.9320.000, VKZ 0100, Erwerb von Grundstücken | 450.000 € |

durch anteilige Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung
bei Fipo 2.8830.9320.000, VKZ 0100, Erwerb von Grundstücken 500.000 €,

und durch Mehreinnahmen bei

| | |
|---|-----------|
| 1.6010.1580.000 Verrechnungseinnahmen Vermögenshaushalt | 60.000 €. |
|---|-----------|

Zum Haushaltsplan 2019 sind zur restlichen Abwicklung der Maßnahmen 2018 und für die Maßnahmen 2019 für die weiteren Standorte 1.748.000 € anzumelden.

5. Die Nutzungsentschädigungen für die Unterkünfte sind im UA 1.4360 zu verein-nahmen.

Sachverhalt:

Ergänzende Erläuterungen zu den neuen Ziffern 4e) und 5 des Beschlussvorschlags

Vereinzelte werden der Stadt leere Wohnungen/Gebäude angeboten, für die von den Eigentümern mittel- bis langfristig anderweitige Nutzungen bzw. Ersatzbauten geplant sind. Die Wohnungen müssen aber für den Bezug wieder instandgesetzt werden. Erwartet wird zum Teil von den Eigentümern, dass die Stadt diese Wohnungen wieder bewohnbar macht / instandsetzt. Diese Kosten werden auf die Miete als Mietvorauszahlung angerechnet. Da bei einem Gebäude oder auch großen Wohnung der Betrag von 50.000 € für die Instandsetzung überschritten werden kann, soll die Verwaltung beauftragt werden, dass sie diese übernehmen können, sofern die Mittel grundsätzlich bereitstehen (siehe Beschlussvorschlag 4 e)).

Die Unterbringung von Obdachlosen, egal aus welchem Grund diese entsteht, ist eine Pflichtaufgabe der Stadt. Das gilt auch für Menschen mit Flüchtlingshintergrund. Finden diese auf dem Wohnungsmarkt nach Ablauf der Erstunterbringung, für die der Landkreis zuständig ist, keine Wohnung hat die Stadt die notwendigen Unterkünfte zu schaffen und die betroffenen obdachlosen Menschen dort einzuweisen.

Für die Nutzung der Unterkünfte werden von den Eingewiesenen monatliche Nutzungsentschädigungen in Höhe von rund 250 € pro Platz erhoben. Damit können etwa 70 % der jetzt für diese jetzt zu bauenden Gebäude mit sehr begrenzter Nutzungsdauer abgedeckt werden. Die Stadt bekommt für die Menschen mit Flüchtlingshintergrund aus Landesmitteln zusätzlich Mittel für die Integration, die indirekt den Abmangel weitgehend mit ausgleichen.

Die Nutzungsentschädigungen für die Unterkünfte werden im UA 1.4360 vereinnahmt.